

Wahlordnung der Universität Greifswald

Vom 30.07.2025

Aufgrund von § 2 Abs. 1 i. V. m. § 80 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landeshochschulgesetz – LHG M-V) vom 25. Januar 2011 (GVOBl. M-V S. 18), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. Juni 2021 (GVOBl. M-V S. 1018), sowie § 19 der Grundordnung der Universität Greifswald vom 23. März 2021 (hochschulöffentlich bekannt gemacht am 31. Mai 2021) zuletzt geändert durch die 3. Änderungssatzung vom 13. Dezember 2023 (hochschulöffentlich bekannt gemacht am 25. November 2024), erlässt die Universität Greifswald folgende Satzung:

Inhaltsverzeichnis:

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Wahlberechtigung, Wählbarkeit
- § 3 Wahlgrundsätze
- § 4 Wahl des Senats
- § 5 Wahl der Fakultätsräte
- § 6 Zeitpunkt der Wahlen
- § 7 Wahlorgane, Wahlhelfer*innen
- § 8 Bekanntmachung der Wahl
- § 9 Wahlverzeichnisse
- § 10 Einsichtnahme in das Wahlverzeichnis
- § 11 Änderung der Wahlverzeichnisse
- § 12 Abschluss der Wahlverzeichnisse
- § 13 Wahlvorschläge
- § 14 Beschlussfassung über die Wahlvorschläge
- § 15 Bekanntmachung der Wahlvorschläge
- § 16 Anzahl und Verteilung der Stimmen
- § 17 Wahlräume
- § 18 Stimmzettel und Wahlumschläge bei Urnenwahl
- § 19 Briefwahl
- § 20 Ordnung im Wahlraum bei Urnenwahl
- § 21 Ausübung des Wahlrechts
- § 22 Stimmabgabe im Wahlraum bei Urnenwahl
- § 23 Stimmabgabe durch Briefwahl
- § 24 Elektronische Wahl
- § 25 Bekanntmachung von Informationen zur elektronischen Wahl
- § 26 Stimmabgabe bei elektronischer Wahl
- § 27 Beginn und Ende bei elektronischer Wahl
- § 28 Störungen bei elektronischer Wahl
- § 29 Briefwahl bei elektronischer Wahl
- § 30 Technische Anforderungen
- § 31 Schluss der Abstimmung
- § 32 Öffentlichkeit
- § 33 Zeitpunkt der Ermittlung der Abstimmungsergebnisse
- § 34 Ermittlung der Zahl der Wähler*innen und Auszählung der Stimmen

- § 35 Ungültige Stimmzettel bzw. Stimmabgabe
- § 36 Ungültige Stimmen
- § 37 Feststellung der Wahlergebnisse
- § 38 Niederschrift über Verlauf und Ergebnisse der Wahlen
- § 39 Bekanntmachung des Wahlergebnisses, Beginn der Amtszeit
- § 40 Wahlprüfung und Nachwahl
- § 41 Aufbewahrung der Wahlunterlagen
- § 42 Fristen
- § 43 Inkrafttreten

§ 1 Geltungsbereich

Diese Wahlordnung gilt für die Wahlen der Mitglieder des Senates und der Fakultätsräte der Universität Greifswald.

§ 2 Wahlberechtigung, Wählbarkeit

(1) Wahlberechtigt und wählbar ist mit Ausnahme der*des Rektors*Rektorin, wer am 42. Tag vor der Wahl Mitglied der Universität Greifswald ist. Wer später als am 42. Tag die Mitgliedschaft oder einen neuen mitgliedschaftsrechtlichen Status erwirbt, ist weder wahlberechtigt noch wählbar. Bei den Wahlen der Mitglieder des Senats bleibt wahlberechtigt, wer bereits am Tag vor dem Erwerb der Mitgliedschaft Mitglied derselben Gruppe war. Nicht wahlberechtigt sind Studierende, die sich bis zum 42. Tag vor der Wahl nicht zurückgemeldet haben. Der*die Kanzler*in ist nur aktiv wahlberechtigt. Die Prorektor*innen können nicht in den Senat gewählt werden.

(2) Jedes Mitglied der Universität kann bei jeder Wahl sein aktives und passives Wahlrecht nur in jeweils einer Mitgliedergruppe und jeweils einer Fakultät ausüben. Maßgeblich für die Gruppenzuordnung bei Beschäftigten sind die jeweiligen Dienstaufgaben. Ist ein*e Studierende*r in einem Studiengang immatrikuliert, dessen Durchführung mehreren Fakultäten zugeordnet worden ist, oder ist er*sie in mehreren Studiengängen immatrikuliert, so ist er*sie nur in der Fakultät aktiv und passiv wahlberechtigt, die er*sie anlässlich der Immatrikulation oder Rückmeldung angibt.

Gehört im Übrigen jemand mehreren Mitgliedergruppen oder mehreren Fakultäten an, so ist er*sie in derjenigen Mitgliedergruppe bzw. Fakultät wahlberechtigt und wählbar, die er*sie spätestens am 43. Tag vor der Wahl schriftlich gegenüber dem*der Wahlleiter*in angibt. Wird keine Angabe gemacht, so ist er*sie nur dort wählbar und wahlberechtigt, wo er*sie sowohl aktives als auch passives Wahlrecht besitzt. Ist dies in mehreren Gruppen der Fall oder ist er*sie in den Gruppen jeweils nur aktiv wahlberechtigt, erfolgt die Zuordnung in folgender Reihenfolge:

1. Hochschullehrer*innen (Professor*innen, Juniorprofessor*innen),
2. akademische Mitarbeiter*innen (wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter*innen; im Rahmen dieser Wahlordnung gelten als solche auch nach § 44 Abs. 1 LHG immatrikulierte Doktorand*innen),
3. weitere Mitarbeiter*innen und
4. Studierende.

Gehört jemand mehreren Fakultäten an, erfolgt die Zuordnung in folgender Reihenfolge:

1. Theologische Fakultät
2. Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
3. Philosophische Fakultät
4. Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
5. Universitätsmedizin.

Gehört jemand keiner Fakultät an, ist er*sie bei Wahlen zu den Fakultätsräten nicht wahlberechtigt und nicht wählbar.

(3) Folgende Mitglieder der Universität bilden je eine Gruppe:

1. die Hochschullehrer*innen (Professor*innen, Juniorprofessor*innen),
2. die Studierenden,
3. die akademischen Mitarbeiter*innen (wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter*innen; im Rahmen dieser Wahlordnung gelten als solche auch nach § 44 Abs. 1 LHG immatrikulierte Doktorand*innen) und
4. die weiteren Mitarbeiter*innen.

(4) Voraussetzung für eine Zugehörigkeit zu den Gruppen nach Absatz 3 Nr. 1, Nr. 3 und Nr. 4 ist eine hauptberufliche Tätigkeit im öffentlichen Dienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Eine hauptberufliche Tätigkeit setzt voraus, dass die Arbeitszeit mindestens die Hälfte der im öffentlichen Dienst üblichen Arbeitszeit beträgt. Dies gilt nicht für die nach § 44 Absatz 1 LHG immatrikulierten Doktorand*innen. Mitglieder einer Gruppe, die in mehreren Fakultäten/Einrichtungen jeweils nicht hauptberuflich tätig sind, deren Arbeitszeit aber in der Summe einer hauptberuflichen Tätigkeit entspricht, sind für den Senat wahlberechtigt.

(5) Zur Gruppe der Hochschullehrer*innen gehören außerdem die

1. außerplanmäßigen Professor*innen,
2. Honorarprofessor*innen,
3. Professor*innenvertreter*innen, Gastprofessor*innen,
4. Professor*innen, die nach Erreichen der Altersgrenze noch regelmäßig Lehrveranstaltungen an der Universität abhalten,
5. nebenberuflichen künstlerischen Professor*innen,
6. Personen, denen das Rektorat nach § 59 Absatz 7 LHG die Mitgliedschaftsrechte verliehen hat,
7. Seniorprofessor*innen.

Diese Mitglieder sind als solche nur aktiv wahlberechtigt.

(6) Zur Gruppe der akademischen Mitarbeiter*innen gehören außerdem

1. Privatdozent*innen,
2. Lehrbeauftragte,
3. Personen, die hauptberuflich auf Antrag der zuständigen Fakultät mit Zustimmung des Rektorats an der Universität tätig sind, soweit sie überwiegend wissenschaftliche und künstlerische Aufgaben erfüllen,
4. wissenschaftliche Hilfskräfte.

Diese Mitglieder sind als solche nur aktiv wahlberechtigt.

(7) Zur Gruppe der weiteren Mitarbeiter*innen gehören auch Personen, die hauptberuflich auf Antrag der zuständigen Fakultät mit Zustimmung des Rektorats an der Universität tätig

sind, soweit sie nicht zu einer anderen Gruppe gehören. Diese Mitglieder sind nur aktiv wahlberechtigt.

(8) Personen, die zu keiner der in Absatz 3 bis 7 genannten Kategorien gehören, gehören zur Gruppe der

1. Hochschullehrer*innen, wenn sie bisher der Gruppe der Professor*innen zugeordnet waren,
2. akademischen Mitarbeiter*innen, wenn sie bisher der Gruppe wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter*innen zugeordnet waren,
3. im Übrigen der Gruppe der weiteren Mitarbeiter*innen an.

(9) Mitglieder, die am letzten Wahltag für mehr als sechs Monate beurlaubt sind, haben weder das aktive noch das passive Wahlrecht. Dies gilt nicht für Hochschullehrer*innen, die nach einem gemeinsamen Berufungsverfahren zwecks Wahrnehmung von Aufgaben an einer außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtung beurlaubt werden.

(10) Wählen und gewählt werden können nur Mitglieder, die in das Wahlverzeichnis eingetragen sind. Wählbar ist nur, wer in einen Wahlvorschlag seiner Gruppe aufgenommen ist.

(11) Personalratsmitglieder, die für ihre Tätigkeit im Personalrat von ihrer normalen Tätigkeit freigestellt werden, sind wahlberechtigt in der Mitgliedergruppe und in der Fakultät, in der sie es ohne die Freistellung wären.

§ 3 Wahlgrundsätze

(1) Es finden unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen statt. Die Wahlen werden als internetbasierte Wahl (elektronische Wahl) oder als Urnenwahl mit der Möglichkeit der Briefwahl durchgeführt. Die Entscheidung trifft der*die Wahleiter*in.

(2) Grundsätzlich werden die Wahlen als personalisierte Verhältniswahlen durchgeführt. Gewählt wird nach Listen, die aufgrund gültiger Wahlvorschläge aufgestellt werden. Eine angemessene Vertretung von Frauen und Männern ist anzustreben.

(3) Mehrheitswahlen werden durchgeführt, wenn eine Wähler*innengruppe nur eine Liste eingereicht hat.

(4) Gehören einer Wähler*innengruppe nicht mehr wählbare Mitglieder an als ihr Sitze in einem Organ zustehen, so finden keine Wahlen statt; die wählbaren Mitglieder der Gruppe gelten als gewählt.

§ 4 Wahl des Senats

Für den Senat sind 36 Mitglieder aus folgenden Gruppen zu wählen:

- 12 Hochschullehrer*innen,
- 6 akademische Mitarbeiter*innen,
- 12 Studierende und
- 6 weitere Mitarbeiter*innen.

§ 5 Wahl der Fakultätsräte

(1) In die Fakultätsräte sind 11 Mitglieder aus folgenden Gruppen zu wählen:

6 Hochschullehrer*innen,
2 akademische Mitarbeiter*innen,
2 Studierende und
1 weitere*r Mitarbeiter*in.

(2) In den Fakultäten, die zum Zeitpunkt der Wahlbekanntmachung für eine Wahl, in der alle Statusgruppen wahlberechtigt sind, über mehr als 40 Professuren (ohne Juniorprofessuren) verfügen, sind für zwei Jahre 22 Mitglieder aus folgenden Gruppen zu wählen:

12 Hochschullehrer*innen,
4 akademische Mitarbeiter*innen,
4 Studierende und
2 weitere Mitarbeiter*innen.

§ 6 Zeitpunkt der Wahlen

Der Wahlzeitraum soll mindestens vier Monate im Voraus von dem*der Wahlleiter*Wahlleiterin festgelegt werden. Durch die Bestimmung des Zeitpunkts der Wahl sind die Voraussetzungen für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu schaffen. Die Wahlen zum Senat und zu den Fakultätsräten finden gleichzeitig statt. Das Wahlrecht für mehrere Gremien kann bei der Urnenwahl nur zeitgleich ausgeübt werden. Bei der elektronischen Wahl kann das Stimmrecht für mehrere Gremien innerhalb des Wahlzeitraums zeitlich getrennt ausgeübt werden, sofern die technischen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

§ 7 Wahlorgane, Wahlhelfer*innen

(1) Für alle Gremienwahlen eines Wahlzeitraumes bestehen gemeinsame Wahlorgane. Der*die Rektor*in bestellt den*die Vorsitzende*n des Wahlausschusses, die Beisitzer, ihre jeweiligen Stellvertreter*innen sowie die erforderlichen Wahlhelfer*innen. Er*sie verpflichtet sie schriftlich auf die gewissenhafte und unparteiische Erledigung ihrer Aufgabe. Wahlbewerber*innen können die genannten Funktionen nicht wahrnehmen.

(2) Wahlleiter*in ist der*die Kanzler*in; er*sie bestellt eine*n erste*n und zweite*zweiten Vertreter*in. Der*die Wahlleiter*in sichert die technische Vorbereitung und die Durchführung der Wahlen. Er*sie führt die Beschlüsse des Wahlausschusses aus. Zur Erledigung seiner*ihrer Aufgaben stehen die seinem*ihrer Geschäftsbereich unmittelbar zugeordneten Bereiche der Verwaltung zur Verfügung.

(3) Dem Wahlausschuss obliegt die Beschlussfassung über die eingereichten Wahlvorschläge sowie die Ermittlung und Feststellung der Wahlergebnisse. Er führt die Gesamtaufsicht über die Wahlen. Der Wahlausschuss entscheidet neben den in dieser Wahlordnung genannten Fällen über Streitigkeiten über die Auslegung der Wahlordnung. Der Wahlausschuss besteht neben dem*der Wahlleiter*in als beratendem Mitglied aus einem*einer Vorsitzenden und drei Beisitzenden, die verschiedenen Gruppen angehören sollen. Der Wahlausschuss tagt nicht öffentlich. Er ist beschlussfähig, wenn außer dem*der

Vorsitzenden mindestens zwei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des*der Vorsitzenden den Ausschlag. In Eilfällen ist eine Beschlussfassung im Umlaufverfahren elektronisch oder telefonisch durchzuführen. Die Beschlussfassung ist vom Wahlausschuss zu dokumentieren und zur Wahlniederschrift zu nehmen.

(4) Der Wahlprüfungsausschuss entscheidet über Einsprüche gegen die Wahl. Er besteht aus fünf Mitgliedern. Der Senat wählt vor den Wahlen die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses und ihre jeweiligen Stellvertreter*innen; er bestimmt sogleich, wer von diesen Mitgliedern den Vorsitz im Wahlprüfungsausschuss übernimmt und dessen Stellvertretung. Die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses sollen verschiedenen Gruppen angehören; sie dürfen nicht Wahlbewerber*innen oder Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder der anderen Wahlorgane sein.

(5) Die Wahlhelfer*innen unterstützen die Wahlorgane bei der Vorbereitung und der Durchführung der Wahlen.

§ 8 Bekanntmachung der Wahl

(1) Der*die Wahlleiter*in hat mindestens 2 Monate im Voraus die Wahl hochschulöffentlich bekannt zu machen. Für die hochschulöffentliche Bekanntgabe im Sinne dieser Ordnung genügt die Veröffentlichung auf der entsprechenden Webseite der Universität.

(2) Die Bekanntmachung hat mindestens zu enthalten:

1. die Bezugnahme auf diese Wahlordnung,
2. den Hinweis, ob die Wahl als Urnen- oder als elektronische Wahl durchgeführt wird,
3. die Wahltag und die Abstimmungszeiten,
4. im Falle der Urnenwahl die Lage der Wahlräume und die Zuweisung der Wahlberechtigten zu diesen Wahlräumen,
5. die Zahl der von den einzelnen Wähler*innengruppen zu wählenden Mitglieder und deren Amtszeit,
6. den Hinweis, dass die Wahl als personalisierte Verhältniswahl durchgeführt wird, es sei denn, dass nur ein Wahlvorschlag eingeht
7. den Hinweis, dass nur gewählt werden kann, wer in einen Wahlvorschlag seiner Gruppe aufgenommen ist,
8. den Hinweis, dass beim Einreichen der Wahlvorschläge eine angemessene Vertretung von Frauen und Männern auf den Listen anzustreben ist,
9. den Hinweis, dass die Wahlvorschläge spätestens bis zum 41. Tag vor dem ersten Wahltag, 15.00 Uhr, beim Wahlleiter bzw. bei der Wahlleiterin eingegangen sein müssen,
10. Hinweise auf Form und Inhalt der Wahlvorschläge, insbesondere den Hinweis, dass eine Bewerber*in sich nicht in mehrere Wahlvorschläge für die Wahl desselben Gremiums aufnehmen lassen darf,
11. den Hinweis, dass die Wahlvorschläge auf der entsprechenden Webseite der Universität bekannt gemacht werden,
12. dass Wahlbewerber*innen nicht Mitglieder eines Wahlorgans sein können,
13. dass nur wählen und gewählt werden kann, wer einer der Mitgliedergruppen des § 2 Abs. 2 angehört und in das jeweilige Wahlverzeichnis eingetragen ist,
14. dass Mitglieder im Sinne des § 2 Abs. 5 bis Abs. 7 nur aktiv wahlberechtigt sind,
15. dass ein*e Wahlberechtigte*r, der*die mehreren Wähler*innengruppen bzw. mehreren

Fakultäten angehört, nur in einer Wähler*innengruppe bzw. einer Fakultät wahlberechtigt und wählbar ist und sich ggf. nach Maßgabe von § 2 Abs. 2 entscheiden kann,

16. Ort, Dauer und Zeit der Bereithaltung der Wahlverzeichnisse,
17. dass Anträge auf Änderung der Wahlverzeichnisse möglich sind und die Angaben für Form und Fristen für solche Anträge,
18. dass nach Ablauf der Einsichtnahmefrist ein Antrag auf Berichtigung und Ergänzung der Wahlverzeichnisse nicht mehr zulässig ist, es sei denn, dass ein*e Wahlberechtigte*r aus von ihm*ihr nicht zu vertretenden Gründen gehindert war, die Berichtigung oder Ergänzung während der Dauer der Bereithaltung zu beantragen,
19. dass durch persönliche Stimmabgabe im Wahlraum, bei elektronischer Wahl durch persönliche und unbeobachtete Stimmabgabe, oder durch Briefwahl gewählt werden kann und dass jeweils nur mit amtlichen Stimmzetteln und im Falle der Briefwahl mit amtlichen Stimmzetteln und Wahlumschlägen abgestimmt werden darf,
20. den Zeitpunkt, bis zu dem Briefwahlunterlagen beantragt werden können,
21. Ort und Zeit für die Ermittlung der Abstimmungsergebnisse.

(3) Der*die Wahlleiter*in kann neben der Wahlbekanntmachung zusätzlich Informationen über die Wahlen über weitere elektronische Kommunikationsmittel verbreiten. Die Versendung per E-Mail kann ausschließlich an eine von der Universität vergebene E-Mail-Adresse erfolgen.

§ 9 Wahlverzeichnisse

Der* die Wahlleiter*in hat alle Wahlberechtigten in ein nach Wähler*innengruppen getrenntes elektronisches Wahlverzeichnisaufzunehmen, das folgende Angaben enthält:

1. Familienname,
2. Vorname,
3. gegebenenfalls akademischer Titel,
4. Geburtsdatum,
5. Zugehörigkeit zu einer Fakultät oder anderen Einrichtung (insbesondere Hochschulverwaltung, URZ, UB).
6. Vermerk über die Ausgabe von Briefwahlunterlagen,
7. bei Urnenwahl Vermerk über Stimmabgabe
8. gegebenenfalls Hinweis auf die fehlende Wählbarkeit,
9. Bemerkungen,
10. bei Urnenwahl die Kennziffer des Stimmzettels.

§ 10 Einsichtnahme in das Wahlverzeichnis

(1) Die Wahlverzeichnisse sind spätestens am 49. Tag vor dem 1. Wahltag für fünf Tage bei der zentralen Verwaltung der Universität so vorzuhalten, dass jedes Mitglied der Universität während der Kernarbeitszeit Einsicht nehmen kann. Das Recht, in Bezug auf die eigene Person über den Zeitraum der Bereithaltung hinaus Auskunft über die Angaben des Wahlverzeichnisses zu verlangen, bleibt unberührt.

(2) Ort, Beginn und Ende der Bereithaltung sind in der Niederschrift zur Wahl festzuhalten.

§ 11

Änderung der Wahlverzeichnisse

(1) Die Wahlverzeichnisse können bis zu deren endgültigen Abschluss von Amts wegen berichtigt oder ergänzt werden.

(2) Jedes Mitglied der Universität kann, wenn es ein Wahlverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, dessen Berichtigung oder Ergänzung während der Dauer der Bereithaltung beantragen. Der Antrag ist schriftlich zu stellen; ihm sind die erforderlichen Beweise beizufügen, sofern die behaupteten Angaben nicht amtsbekannt oder offenkundig sind. Über den Berichtigungsantrag entscheidet der*die Wahlleiter*in. Dem*der Betroffenen ist vor der Entscheidung über den Antrag Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Die Entscheidung muss spätestens am 42. Tag vor dem ersten Wahltag ergehen. Sie ist dem*der Antragsteller*in und dem*der Betroffenen mitzuteilen.

(3) Das Wahlverzeichnis kann bis zum dritten Werktag (Montag bis Freitag) vor der Wahl auf Anordnung des*der Wahlleiters*Wahlleiterin berichtigt oder ergänzt werden, soweit offensichtliche Fehler oder Schreibversehen vorliegen oder soweit der*die Wahlberechtigte aus von ihm*ihr nicht zu vertretenden Gründen gehindert war, die Berichtigung oder Ergänzung während der Dauer der Bereithaltung zu beantragen. Offensichtliche Fehler sind solche, welche deutlich für jeden und ohne weitere Nachprüfung erkennbar sind.

(4) Änderungen im Wahlverzeichnis müssen ihren*ihre Bearbeiter*in erkennen lassen und sind mit einem Zeitstempel zu versehen.

§ 12

Abschluss der Wahlverzeichnisse

Das Wahlverzeichnis ist spätestens am 42. Tag vor dem ersten Wahltag unter Berücksichtigung der im Berichtigungsverfahren ergangenen Entscheidungen vom*von der Wahlleiter*in abzuschließen. § 11 Absatz 3 bleibt unberührt. Dabei sind die Zahlen der eingetragenen Wahlberechtigten im Wahlverzeichnis vom*von der Wahlleiter*in zu beurkunden.

§ 13

Wahlvorschläge

(1) Alle Wahlvorschläge sind bei dem*der Wahlleiter*in mittels amtlicher Formulare einzureichen. Die Wahlvorschlagsformulare sind im Büro des*der Wahlleiters*Wahlleiterin erhältlich und werden auf den Internetseiten des*der Wahlleiters*Wahlleiterin bereitgestellt.

(2) Die Wahlvorschläge müssen, jeweils für die Wahlen der einzelnen Gremien und für die einzelnen Wähler*innengruppen getrennt, spätestens bis zum 41. Tag vor dem ersten Wahltag, 15.00 Uhr, bei dem Wahlleiter bzw. der Wahlleiterin eingegangen sein (Ausschlussfrist). Wahlbewerber*innen können sich einzeln oder in Listen bewerben.

(3) Der*die an erster Stelle auf der Liste stehende Bewerber*in gilt als Sprecher*in des Wahlvorschlages; er*sie wird von dem*der an zweiter Stelle stehenden Bewerber*in vertreten. Der*die Sprecher*in des Wahlvorschlages hat jedes Seitenende des

Wahlvorschlag zu unterzeichnen, darüber hinaus ist die letzte Seite des Wahlvorschlages als solche zu kennzeichnen.

(4) Der Wahlvorschlag hat anzugeben, auf die Wahl welches Gremiums und auf welche Wähler*innengruppe er sich bezieht. Im Falle der Verhältniswahl darf er höchstens dreimal so viele Bewerber*innen enthalten, wie Mitglieder zu wählen sind. Für jede*n Bewerber*in sind anzugeben:

1. Familienname,
2. Vorname,
3. zusätzlich bei den Wahlen zum Senat:
 - a) bei der Gruppe der Hochschullehrer*innen, der akademischen Mitarbeiter*innen und der Studierenden die Fakultätszugehörigkeit
 - b) bei der Gruppe der weiteren Mitarbeiter*innen die Einrichtung (insbesondere Hochschulverwaltung, Fakultät, URZ, UB).

Soweit eine Verhältniswahl stattfindet und der Wahlvorschlag mehrere Bewerber*innen enthält, sind diese in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

(5) Ein*e Bewerber*in darf sich nicht in mehrere Wahlvorschläge für die Wahl desselben Gremiums aufnehmen lassen; er*sie hat auf dem Wahlvorschlag durch eigenhändige Unterschrift zu bestätigen, dass er*sie der Aufnahme als Bewerber*in zugestimmt hat. Stellvertretung ist nicht zulässig.

(6) Der Wahlvorschlag soll durch eine besondere Bezeichnung (Kennwort) gekennzeichnet werden. Fehlt eine besondere Bezeichnung, wird der Name des*der ersten Bewerbers*Bewerberin vom*von der Wahlleiter*in als Bezeichnung eingefügt. Das Kennwort darf einen Umfang von vierzig Zeichen nicht überschreiten.

(7) Änderungen an Wahlvorschlägen oder die Beseitigung formaler Mängel sind nur bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für die Wahlvorschläge zulässig. Sie bedürfen der eigenhändigen Unterschrift des Sprechers *der Sprecherin des Wahlvorschlags. Die Zurücknahme von Zustimmungserklärungen oder die Streichung von Bewerber*innen bedürfen zusätzlich der eigenhändigen Unterschrift des*der Bewerbers*Bewerberin und sind gleichfalls nur bis zum Ablauf der Einreichungsfrist für die Wahlvorschläge zulässig. Wurde der Wahlvorschlag bereits eingereicht, können die Änderungen nur im Büro des*der Wahlleiters*Wahlleiterin vorgenommen werden.

(8) Der*die Wahlleiter*in vermerkt auf jedem eingereichten Wahlvorschlag den Tag und die Uhrzeit des Eingangs. Die Wahlvorschläge werden nicht durch den*die Wahlleiter*in geprüft.

§ 14

Beschlussfassung über die Wahlvorschläge

(1) Der Wahlausschuss entscheidet spätestens am 35. Tag vor dem ersten Wahltag über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge. Zurückzuweisen sind Wahlvorschläge, die

1. den Anforderungen dieser Wahlordnung nicht entsprechen,
2. eine Bedingung oder einen Vorbehalt enthalten oder sich nicht auf die verlangten Angaben beschränken,
3. ein beleidigendes Kennwort enthalten,

4. nicht zweifelsfrei erkennen lassen, für welche Wähler*innengruppe sie gelten sollen.

(2) In den Wahlvorschlägen sind diejenigen Bewerber*innen zu streichen,

1. die so unvollständig bezeichnet sind, dass Zweifel über ihre Person bestehen können,
2. die nicht wählbar sind,
3. deren Zustimmungserklärung fehlt oder nicht rechtzeitig eingegangen ist oder unter einer Bedingung abgegeben oder vor Ablauf der Einreichungsfrist zurückgezogen worden ist,
4. die in mehreren Wahlvorschlägen für die Wahl desselben Gremiums aufgeführt sind.
Der*die Wahlbewerber*in ist in dem Wahlvorschlag zu streichen, der gemäß § 18 Absatz 2 später eingereicht wurde.

5. die die in § 13 Abs. 4 Satz 2 genannte Zahl der Wahlbewerber*innen übersteigen.

(3) Über die Sitzung des Wahlausschusses ist eine Niederschrift aufzunehmen, welche die gefassten Beschlüsse und ihre Begründungen enthält. Sie ist von dem*der Vorsitzenden und den an der Sitzung beteiligten Mitgliedern des Wahlausschusses zu unterzeichnen. Die eingereichten Wahlvorschläge sind der Niederschrift beizufügen.

(4) Wird ein Wahlvorschlag zurückgewiesen oder ein*e Bewerber*in gestrichen, so sind diese Entscheidungen dem*der Sprecher*in des Wahlvorschlags sowie den betroffenen Bewerber*innen unverzüglich mitzuteilen.

(5) Verliert ein*e zugelassene*r Bewerber*in vor dem ersten Wahltag die Wählbarkeit, wird dies nach Feststellung durch den Wahlausschuss von der*dem Wahlleiter*in unverzüglich bekannt gemacht; betroffene Stimmzettel werden geändert. Ist eine Änderung der betreffenden Stimmzettel nicht mehr möglich, informiert der*die Wahlleiter*in in geeigneter Weise über den Verlust der Wählbarkeit.

§ 15

Bekanntmachung der Wahlvorschläge

(1) Spätestens am 32. Tag vor dem ersten Wahltag gibt der*die Wahlleiter*in die zugelassenen Wahlvorschläge bekannt.

(2) Die Bekanntmachung hat für jede Wahl und Wähler*innengruppe zu enthalten:

1. im Falle der Verhältniswahl die zugelassenen Wahlvorschläge in der Reihenfolge des Eingangs, im Falle der Mehrheitswahl die Bewerber*innen aus den zugelassenen Wahlvorschlägen in alphabetischer Reihenfolge,
2. im Falle der Urnenwahl den Hinweis, dass nur mit amtlichen Stimmzetteln und im Falle der Briefwahl mit amtlichen Stimmzetteln und Wahlumschlägen gewählt werden darf,
3. einen Hinweis auf die Art der Wahl (§ 3); Hinweise darauf, wie viele Stimmen von jedem*jeder Wahlberechtigten vergeben und wie diese verteilt werden können (§ 16).

§ 16

Anzahl und Verteilung der Stimmen

(1) Sowohl bei der Verhältniswahl als auch bei der Mehrheitswahl hat der*die Wahlberechtigte so viele Stimmen, wie Mitglieder seiner*ihrer Gruppe zu wählen sind. Er*sie kann einem*einer Bewerber*in bis zu zwei Stimmen geben. Im Falle der Verhältniswahl kann er*sie die ihm*ihr zur Verfügung stehenden Stimmen auf die Bewerber*innen

verschiedener Wahlvorschläge verteilen.

(2) Der*die Wähler*in soll so abstimmen, dass er*sie auf dem Stimmzettel die vorgedruckten Namen von Bewerber*innen ankreuzt. Zusätzliche Bewerber*innen können nicht benannt werden.

§ 17 Wahlräume

Der*die Wahlleiter*in bestimmt die Wahlräume und sorgt dafür, dass die Wähler*innen die Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnen können. Für die Aufnahme der Stimmzettel sind verschließbare Wahlurnen zu verwenden. Die Wahlurnen müssen so eingerichtet sein, dass die eingeworfenen Stimmzettel nicht vor dem Öffnen der Urne entnommen werden können.

§ 18 Stimmzettel und Wahlumschläge bei Urnenwahl

(1) Im Falle der Urnenwahl dürfen nur amtliche Stimmzettel und im Falle der Briefwahl amtliche Stimmzettel und Wahlumschläge verwendet werden. Für die Herstellung der Stimmzettel und der Wahlumschläge sorgt der*die Wahlleiter*in.

(2) Der Stimmzettel darf nur die in § 13 Absatz 3 aufgeführten Angaben und ein Feld für die Kennzeichnung der Stimmabgabe enthalten, ferner Hinweise auf die Art der Wahl (§ 3) sowie darauf, wie viele Stimmen von jedem*jeder Wahlberechtigten vergeben werden können, wie diese verteilt werden können, und wie abzustimmen ist (§ 16) und gegebenenfalls eine Kennziffer, die die jeweilige Wahl und Wähler*innengruppe bezeichnet. Im Falle der Verhältniswahl werden auf dem Stimmzettel die zugelassenen Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs aufgeführt. Gehen Wahlvorschläge zeitgleich ein, so richtet sich die Reihenfolge alphabetisch nach dem Nachnamen des*der ersten Bewerbers*Bewerberin der Vorschlagsliste. Die Reihenfolge der Bewerber*innen des jeweiligen Wahlvorschlages bleibt davon unberührt. Im Falle der Mehrheitswahl werden auf dem Stimmzettel die Bewerber*innen in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Für dieselbe Wahl und dieselbe Wähler*innengruppe müssen Stimmzettel von gleicher Größe und Farbe verwendet werden. Für verschiedene Wahlen und verschiedene Wähler*innengruppen müssen jeweils verschiedene Stimmzettel verwendet werden, die die betreffende Wahl und Wähler*innengruppe eindeutig bezeichnen; es können Stimmzettel verschiedener Größe und Farbe verwendet werden.

(3) Wahlumschläge müssen undurchsichtig, von gleicher Größe und Farbe und amtlich gekennzeichnet sein. Sie müssen die Wähler*innengruppe und das zu wählende Gremium erkennen lassen. Für die einzelnen Wähler*innengruppen können Wahlumschläge verschiedener Größe und Farbe verwendet werden.

§ 19 Briefwahl

(1) Ein*e Wahlberechtigte*r erhält auf schriftlichen Antrag für die Wahl eines jeden Gremiums gesondert die Briefwahlunterlagen (Wahlschein, Stimmzettel, Wahlumschlag und Wahlbriefumschlag). Besteht eine Wahlberechtigung zu mehreren Gremien, wird nur

ein Wahlbriefumschlag verwendet.

(2) Der Wahlschein wird vom*von der Wahlleiter*in erteilt. Er muss vom*von der Wahlleiter*in oder von dem*der mit der Ausstellung beauftragten Bediensteten eigenhändig unterschrieben und mit dem Dienstsiegel versehen sein. Der Wahlbriefumschlag muss den Vermerk „Briefwahl“ tragen und mit der Anschrift des*der Wahlleiters*Wahlleiterin versehen sein.

(3) Briefwahlunterlagen können nur bis zu dem von dem*der Wahlleiter*in festgelegten Zeitpunkt beantragt werden.

(4) Nach Antrag auf Briefwahl ist eine Stimmabgabe nach § 22 nur nach Vorlage des Wahlscheins möglich.

§ 20

Ordnung im Wahlraum bei Urnenwahl

(1) Der Wahlausschuss leitet die Abstimmung und achtet darauf, dass sie ordnungsgemäß vor sich geht. Der Wahlraum darf während der Abstimmungszeit nicht abgeschlossen werden; während dieser Zeit muss mindestens ein Mitglied des Wahlausschusses im Wahlraum sein.

(2) Der*die Vorsitzende oder das jeweils von ihm*ihr benannte Mitglied des Wahlausschusses wahrt, unbeschadet des Hausrechts des Rektors, die Hausordnung und sorgt für die Freiheit der Wahl und die Wahrung des Wahlgeheimnisses. Der*die Vorsitzende oder das von ihm*ihr benannte Mitglied des Wahlausschusses hat sich unmittelbar vor Stimmabgabe zu überzeugen, dass die Wahlurnen leer sind; dann hat der*die Vorsitzende oder das von ihm*ihr benannte Mitglied des Wahlausschusses die Wahlurnen zu verschließen. Erstreckt sich die Abstimmung über mehrere Tage, so hat der*die Vorsitzende oder das jeweils von ihm*ihr benannte Mitglied des Wahlausschusses die Wahlurnen so zu verschließen und zu versiegeln, dass zwischen den Abstimmungszeiten Stimmzettel weder eingeworfen noch entnommen werden können.

(3) Jede*r Wahlberechtigte hat Zutritt zum Wahlraum. Werbung in Wort, Ton, Bild oder Schrift ist im Wahlraum nicht gestattet. Wer die Ruhe und Ordnung der Abstimmung stört, kann aus dem Wahlraum gewiesen werden. Handelt es sich bei dem*der Störer*in um eine*n Wahlberechtigte*n, so ist ihm*ihr, sofern dies mit der Ordnung im Wahlraum vereinbar ist, vorher Gelegenheit zur Stimmabgabe zu geben.

(4) Die Wahlverzeichnisse können während der Abstimmung nicht eingesehen werden. Der Wahlausschuss ist während der Abstimmung nicht zur Auskunftserteilung verpflichtet.

§ 21

Ausübung des Wahlrechts

Der*die Wahlberechtigte kann sein Wahlrecht nur persönlich ausüben. Wahlberechtigte, die durch körperliche Gebrechen gehindert sind, ihre Stimme allein abzugeben, können sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.

§ 22

Stimmabgabe im Wahlraum bei Urnenwahl

(1) Jede*r Wahlberechtigte kann nur in einem bestimmten Wahlraum seine Stimme abgeben. Nach dem Betreten des Wahlraums zum Zwecke der Stimmabgabe weist sich der*die Wahlberechtigte durch Vorlage des Personalausweises oder auf andere Weise über seine Person aus. Die Wahlberechtigung wird durch Einsicht in das Wahlverzeichnis überprüft. Hatte der*die Wahlberechtigte Briefwahl beantragt, hat er*sie außerdem den Wahlschein vorzulegen; dieser ist zu den Wahlunterlagen zu nehmen. Danach erhält der*die Wahlberechtigte den oder die Stimmzettel; die Ausgabe des oder der Stimmzettel wird im Wahlverzeichnis vermerkt. Ohne den Wahlraum zu verlassen, begibt er*sie sich damit an den Tisch mit der Schutzvorrichtung oder in den für die Stimmabgabe vorgesehenen Nebenraum, füllt den Stimmzettel aus, faltet ihn zusammen und wirft ihn sofort in die Wahlurne.

(2) Hat der*die Wähler*in seinen Stimmzettel verschrieben oder versehentlich unbrauchbar gemacht, so ist ihm auf Verlangen ein neuer Stimmzettel auszuhändigen, nachdem er den alten Stimmzettel im Beisein eines Mitglieds des Wahlausschusses zerstört hat. Das anwesende Mitglied des Wahlausschusses fertigt einen entsprechenden Vermerk. Die Reste des Stimmzettels sind dem anwesenden Mitglied des Wahlausschusses auszuhändigen.

(3) Das anwesende Mitglied des Wahlausschusses achtet darauf, dass sich immer nur ein Wähler und dieser nur so lange wie notwendig in der Wahlkabine aufhält.

§ 23

Stimmabgabe durch Briefwahl

(1) Bei der Briefwahl kennzeichnet der*die Wahlberechtigte seinen Stimmzettel, steckt ihn in den Wahlumschlag und verschließt diesen. Er*sie bestätigt auf dem Wahlschein durch Unterschrift, dass er*sie den beigefügten Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat und legt den Wahlschein mit dem verschlossenen Wahlumschlag in den Wahlbriefumschlag. Besteht eine Wahlberechtigung zu mehreren Gremien, legt er*sie alle Wahlscheine und Wahlumschläge in den Wahlbriefumschlag.

(2) Der Wahlbrief ist an die vorgedruckte Anschrift des*der Wahlleiters*Wahlleiterin freigemacht zu übersenden oder während der Dienststunden in der Dienststelle des*der Wahlleiters*Wahlleiterin abzugeben. Der*die Wahlleiter*in oder ein*e von ihm*ihr mit der Ausgabe der Briefwahlunterlagen beauftragte*r Bedienstete*r kann dem*der Wahlberechtigten die Möglichkeit geben, bei persönlicher Abholung der Briefwahlunterlagen die Briefwahl an Ort und Stelle auszuüben. Dabei ist Sorge zu tragen, dass der Stimmzettel unbeobachtet gekennzeichnet und in den Wahlumschlag gelegt werden kann. Der*die Wahlleiter*in oder der*die Beauftragte nimmt sodann den Wahlbrief entgegen.

(3) Der Wahlbrief muss spätestens am letzten Tag der Wahlen bis zum Ende der Abstimmungszeit beim*bei der Wahlleiter*in eingehen. Auf dem Wahlbriefumschlag ist der Tag des Eingangs, auf den am letzten Tag der Wahlen eingehenden Wahlbriefumschlägen die Uhrzeit des Eingangs zu vermerken. Sind eingehende Wahlbriefe unverschlossen, so ist dies auf den Wahlbriefen zu vermerken.

(4) Die eingegangenen Wahlbriefe sind nach Weisung des*der Wahlleiters*Wahlleiterin unter Verschluss ungeöffnet aufzubewahren.

(5) Nach Ablauf der Abstimmungszeit werden die eingegangenen Wahlbriefe nacheinander

einzelnen geöffnet, die Wahlscheine mit den Eintragungen im Wahlverzeichnis verglichen und die Stimmenabgabe für die nach Absatz 6 gültigen Wahlumschläge vermerkt. Die Anzahl der Wahlscheine und Wahlumschläge wird festgehalten.

(6) Ein Wahlbrief ist zurückzuweisen, wenn

1. er nicht bis zum Ende der Abstimmungszeit eingegangen ist,
2. er unverschlossen eingegangen ist,
3. der Wahlumschlag nicht amtlich gekennzeichnet ist oder Bemerkungen oder ein auf die Person des*der Wählers*Wählerin hinweisendes Merkmal oder einen Vorbehalt enthält, oder wenn er außer dem Stimmzettel einen von außen wahrnehmbaren Gegenstand enthält,
4. dem Wahlumschlag kein mit der vorgeschriebenen Versicherung versehener Wahlschein beigelegt ist,
5. der oder die Stimmzettel sich nicht in einem Wahlumschlag befinden.

In diesen Fällen liegt eine wirksame Stimmabgabe nicht vor. Die Entscheidung über die Zurückweisung eines Wahlbriefes trifft der Wahlausschuss. Wahlbriefe, die nach Schluss der Gesamtabstimmung am letzten Tag (§ 31) eingehen, werden vom*von der Wahlleiter*in ungeöffnet gesondert zu den Wahlunterlagen genommen.

(7) Die zurückgewiesenen Wahlbriefe sind im Falle des Abs. 6 Nr. 1 ungeöffnet, im Übrigen ohne Öffnung des Wahlumschlages einschließlich ihres Inhalts auszusondern.

(8) Die Wahlumschläge aus nicht zurückgewiesenen Wahlbriefen werden nach Vermerk der Stimmabgabe im Wahlverzeichnis gesammelt. Sie werden sodann geöffnet und die Stimmzettel unbesehen in die Wahlurne geworfen.

§ 24

Elektronische Wahl

(1) Wird die Wahl als elektronische Wahl durchgeführt, legt der*die Wahlleiter*in fest, ob die Authentifizierung über die Daten eines von der Hochschule bereitgestellten Dienst zu Authentifizierung vollzogen wird (hochschuleigenes Authentifizierungssystem) oder über eine spezielle Authentifizierung am Wahlportal (spezielles Authentifizierungssystem). Findet die Authentifizierung über ein spezielles Authentifizierungssystem statt, müssen die Authentifizierungsdaten eine eindeutige Identifizierung ermöglichen, die nach dem Stand der Technik nicht in unberechtigter Weise dupliziert oder umgangen werden kann.

(2) Der*die Wahlleiter*in trifft die Entscheidung nach Absatz 1 auch unter Berücksichtigung der Sicherheit, die eine hochschuleigene Authentifizierung vor einer missbräuchlichen Verwendung der Zugangsdaten durch Nichtberechtigte tatsächlich gewährleistet.

(3) Die Hochschule kann sich zur Durchführung der elektronischen Wahl und zur Feststellung ausreichender Sicherheitsstandards externer Dienstleister bedienen. Diese sind vertraglich zur Einhaltung der technischen Anforderungen der Wahlordnung zu verpflichten. Sie haben ferner der Hochschule die Kontrolle der Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit zu ermöglichen.

§ 25

Bekanntmachung von Informationen zur elektronischen Wahl

Bei elektronischen Wahlen informiert der*die Wahleiter*in auf der entsprechenden Webseite der Universität über das Verfahren der elektronischen Stimmabgabe, insbesondere zur Identifizierung im Wahlportal, zur Geheimhaltung der Wahl, zur Freiheit der Wahl, zur Gültigkeit der Stimme, zur Trennung von Authentifizierung und Stimmabgabe und zur Bedienung des Wahlportals bei der Stimmabgabe.

§ 26

Stimmabgabe bei elektronischer Wahl

(1) Die Stimmabgabe erfordert eine vorherige Authentifizierung. Findet die Authentifizierung über das hochschuleigene Authentifizierungssystem statt, erfolgt sie mit den in diesem System vergebenen Zugangsdaten. Findet die Authentifizierung in einem speziellen Authentifizierungssystem statt, erfolgt sie mittels der Authentifizierungsdaten. Der Zugang zum Wahlportal ist während des Wahlzeitraums bis zur endgültigen Abgabe der Stimme mehrfach möglich. Vor der Stimmabgabe ist der*die Wähler*in darauf hinzuweisen, dass die Stimmabgabe geheim und frei zu erfolgen hat. Der*Die Wähler*in hat elektronisch zu bestätigen, dass die Stimmabgabe persönlich und unbeobachtet erfolgt. Nach Stimmabgabe ist eine erneute Authentifizierung zu Wahlzwecken nicht mehr zulässig. Auf die Daten, die durch die Authentifizierung zu Zwecke der Durchführung der Wahl erzeugt werden, darf zu anderen Zwecken als zur Durchführung der Wahl nicht zugegriffen werden.

(2) Die Stimmabgabe erfolgt in elektronischer Form durch Ausfüllen des elektronischen Stimmzettels. Er muss in der äußeren Gestaltung nicht identisch mit dem Briefwahlstimmzettel sein. Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend den im Wahlschreiben und im Wahlportal enthaltenen Anleitungen elektronisch auszufüllen und abzuschicken. Dabei ist durch das verwendete elektronische Wahlsystem sicherzustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach ausgeübt werden kann. Die Speicherung der abgeschickten Stimmen muss anonymisiert und so erfolgen, dass die Reihenfolge des Stimmeneingangs nicht nachvollzogen werden kann. Die Wahlberechtigten müssen bis zur endgültigen Stimmabgabe die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abzubrechen. Die Abgabe von weniger Stimmen als rechtlich gestattet und die Abgabe eines leeren Stimmzettels sind zulässig ebenso wie eine ungültige Stimmabgabe. Im Fall der beabsichtigten Abgabe eines leeren Stimmzettels oder einer ungültigen Stimmabgabe ist der*die Wähler*in vor Abgabe des Stimmzettels darauf hinzuweisen, dass sie im Begriff ist, einen nicht gültigen Stimmzettel abzugeben. Ein Absenden der Stimme bedarf einer elektronischen Bestätigung durch den*die Wähler*in. Die Übermittlung muss für den*die Wähler*in am Bildschirm erkennbar sein. Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.

(3) Bei der Stimmeneingabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme des*der Wählers*Wählerin in dem von ihm hierzu verwendeten Computer kommen. Es muss gewährleistet sein, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmeneingabe durch Dritte ausgeschlossen sind. Auf dem Bildschirm muss der Stimmzettel nach Absenden der Stimmeneingabe unverzüglich ausgeblendet werden. Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papierausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen. Die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne muss nach

einem nicht nachvollziehbaren Zufallsprinzip erfolgen. Die Anmeldung am Wahlsystem, die Auswahl und Abgabe der Stimme sowie persönliche Informationen und IP-Adressen der Wahlberechtigten dürfen nicht protokolliert werden.

(4) Die Stimmabgabe in elektronischer Form ist auch im Wahlamt möglich. Sie wird im Wahlzeitraum mindestens während der Kernarbeitszeiten gewährleistet. Hierzu stellt das Wahlamt einen PC-Arbeitsplatz zur geheimen Stimmenabgabe zur Verfügung.

§ 27

Beginn und Ende bei elektronischer Wahl

Beginn und Beendigung der elektronischen Wahl sind nur bei gleichzeitiger Autorisierung durch den*die Wahlleiter*in und den*die Vorsitzende*n des Wahlausschusses oder eines von ihm*ihr benannten Mitglieds des Wahlausschusses zulässig.

§ 28

Störungen bei elektronischer Wahl

(1) Ist die elektronische Stimmabgabe während der Wahlfrist aus von der Universität Greifswald zu vertretenen technischen Gründen den Wahlberechtigten nicht möglich, kann der*die Wahlleiter*in im Einvernehmen mit dem Wahlausschuss die Wahlfrist verlängern. Die Verlängerung muss hochschulöffentlich bekannt gegeben werden.

(2) Werden während der elektronischen Wahl Störungen bekannt, die ohne Gefahr eines vorzeitigen Bekanntwerdens oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können und ist zugleich eine mögliche Stimmenmanipulation ausgeschlossen ist, kann der*die Wahlleiter*in solche Störungen beheben oder beheben lassen und die Wahl fortsetzen; andernfalls ist die Wahl ohne Auszählung der Stimmen zu stoppen. Wird die Wahl fortgesetzt, ist die Störung und deren Dauer in der Niederschrift zur Wahl zu vermerken. Im Falle des Abbruchs der Wahl entscheidet der*die Wahlleiter*in im Einvernehmen mit dem Wahlausschuss über das weitere Verfahren, § 40 gilt entsprechend.

§ 29

Briefwahl bei elektronischer Wahl

(1) Wird die Wahl als elektronische Wahl durchgeführt, ist die Stimmabgabe auch in der Form der Briefwahl zulässig. Es gelten §§ 19 Absatz 1 bis 3, 23 entsprechend.

(2) Mit dem Versand oder der Aushändigung der Briefwahlunterlagen sind die Wahlberechtigten von der elektronischen Stimmabgabe ausgeschlossen.

§ 30

Technische Anforderungen

(1) Elektronische Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards entspricht. Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen. Die Erfüllung der technischen Anforderungen ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

(2) Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronisches Wahlverzeichnis technisch getrennt sein. Das endgültige Wahlverzeichnis mit personenbezogenen Daten soll auf einem universitätseigenen Server gespeichert sein.

(3) Die Wahlserver müssen vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wähler*innen, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfacher Ausübung des Stimmrechtes (Wahldaten). Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.

(4) Das Übertragungsverfahren der Wahldaten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspäher- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung des*der Wählers*Wählerin sowie zur Registrierung der Stimmabgabe im Wahlverzeichnis und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen so getrennt sein, dass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zum*zur Wähler*in möglich ist.

(5) Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um eine unbemerkte Veränderung der Wahldaten zu verhindern. Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahldaten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe im Wahlverzeichnis kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.

(6) Die Wähler*innen sind über geeignete Sicherungsmaßnahmen zu informieren, mit denen der für die Wahlhandlung genutzte Computer gegen Eingriffe Dritter nach dem aktuellen Stand der Technik geschützt wird; auf kostenfreie Bezugsquellen geeigneter Software ist hinzuweisen. Die Kenntnisnahme der Sicherheitshinweise ist vor der Stimmabgabe durch den*die Wähler*in verbindlich in elektronischer Form zu bestätigen.

§ 31

Schluss der Abstimmung

(1) Der*die Vorsitzende oder das jeweils von ihm*ihr benannte Mitglied des Wahlausschusses stellt den Ablauf der Abstimmungszeit fest. Danach dürfen nur noch die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum anwesenden Wahlberechtigten zur Abstimmung zugelassen werden. Haben sie abgestimmt, so erklärt der*die Vorsitzende oder das jeweils von ihm*ihr benannte Mitglied des Wahlausschusses die Abstimmung für geschlossen. Erstreckt sich die Abstimmung auf mehrere Tage, so ist an jedem Tag entsprechend zu verfahren, wobei die Wahlbriefe erst am letzten Tag vorliegen müssen. In diesem Fall ist am letzten Wahltag die Gesamtabstimmung für geschlossen zu erklären.

(2) Nach Abstimmungsschluss sind die Wahlurnen zu versiegeln und sorgfältig aufzubewahren.

§ 32

Öffentlichkeit

Die Ermittlung und Feststellung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse erfolgen hochschulöffentlich.

§ 33

Zeitpunkt der Ermittlung der Abstimmungsergebnisse

- (1) Die Abstimmungsergebnisse werden vom Wahlausschuss spätestens am Tag nach Abschluss der Abstimmung ermittelt.
- (2) Kann die Ermittlung der Abstimmungsergebnisse aus besonderen Gründen nicht an diesem Tag stattfinden oder findet sie an einem anderen Ort als bekannt gegeben statt, so gibt der*die Vorsitzende oder das jeweils von ihm*ihr benannte Mitglied des Wahlausschusses mündlich und auf der entsprechenden Webseite der Universität bekannt, auf welchen Zeitpunkt sie vertagt wird oder an welchem Ort sie stattfindet.
- (3) Bei jeder Unterbrechung der Stimmenauszählung sind die Stimmzettel und die übrigen Unterlagen für die Dauer der Abwesenheit des Wahlausschusses sorgfältig zu verwahren.

§ 34

Ermittlung der Zahl der Wähler*innen und Auszählung der Stimmen

- (1) Zur Ermittlung der Zahl der Wähler*innen werden die Stimmzettel der Wahlurne entnommen und getrennt nach den einzelnen Gremien und Wähler*innengruppen gezählt.
- (2) Zur Auszählung der Stimmen werden Zählgruppen gebildet. Jede Zählgruppe muss aus mindestens zwei Wahlhelfer*innen bestehen.
- (3) Findet die Ergebnisermittlung in elektronischer Form, durch Scannen der Stimmzettel oder auf andere Art und Weise statt, muss sichergestellt sein, dass während des Arbeitsvorgangs mindestens zwei Mitglieder des Wahlausschusses bei der Ergebnisermittlung anwesend sind. Absätze 1 und 2 finden im Fall der Ergebnisermittlung in elektronischer Form keine Anwendung.
- (4) Wird die Wahl als elektronische Wahl durchgeführt, ist für die Administration der Wahlserver und insbesondere für die Auszählung und Archivierung der Wahl die Autorisierung durch den*die Wahlleiter*in und den*die Vorsitzende*n des Wahlausschusses notwendig. Der Wahlausschuss veranlasst unverzüglich nach Beendigung der elektronischen Wahl die computerbasierte universitätsöffentliche Auszählung der abgegebenen Stimmen und stellt das Ergebnis durch einen Ausdruck der Auszählungsergebnisse fest, der von zwei Mitgliedern des Wahlausschusses abgezeichnet wird. Alle Datensätze der elektronischen Internetwahl sind in geeigneter Weise zu speichern. § 41 gilt entsprechend.
- (5) Bei elektronischen Wahlen sind technische Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, die den Auszählungsprozess jederzeit reproduzierbar machen.

§ 35

Ungültige Stimmzettel bzw. Stimmabgabe

- (1) Ungültig und daher bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses nicht zu berücksichtigen sind Stimmzettel,
 1. die als nicht amtlich erkennbar sind,
 2. die ganz durchgerissen oder ganz durchgestrichen sind,
 3. die mit Bemerkungen versehen sind oder ein auf die Person des*der Wählers*Wählerin hinweisendes Merkmal enthalten,

4. in denen die zulässige Gesamtstimmenzahl bei Verteilung der Stimmen auf zwei oder mehrere Bewerber*innen überschritten ist,
5. aus denen sich der Wille des*der Wählers*Wählerin hinsichtlich keiner Stimme zweifelsfrei ergibt,
6. Stimmzettel, auf denen keine Stimmabgabe erfolgt ist.

(2) Bei elektronischer Wahl ist eine Stimmabgabe ungültig in den Fällen von Absatz 1 Nummer 4 und 6.

(3) Die Entscheidung über die Gültigkeit eines Stimmzettels bzw. einer Stimmabgabe obliegt dem Wahlausschuss.

§ 36 Ungültige Stimmen

(1) Ungültig und daher bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses nicht zu berücksichtigen sind Stimmen,

1. bei denen nicht erkennbar ist, für welche*n Bewerbe*in sie abgegeben wurden,
2. die über die zulässige Anzahl von zwei hinaus auf eine*n Bewerber*in kumuliert sind, sofern die zulässige Gesamtstimmenzahl nicht überschritten ist,
3. die über die zulässige Gesamtstimmenzahl hinaus abgegeben wurden, sofern diese Stimmen auf eine*n Bewerber*in kumuliert sind,
4. die für eine*n Nichtbewerber*in abgegeben wurden,
5. die für keinen der Bewerber*innen abgegeben wurden,
6. bei denen sich der Wille des*der Wähler*in nicht zweifelsfrei ergibt.

(2) Bei elektronischer Wahl ist eine Stimme ungültig in den Fällen von Absatz 1 Nummer 2 und 3.

(3) Die Entscheidung über die Gültigkeit einer Stimme obliegt dem Wahlausschuss.

§ 37 Feststellung der Wahlergebnisse

(1) Der Wahlausschuss stellt für jede Wahl und Wähler*innengruppe folgende Zahlen fest:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Wähler*innen,
3. die Zahl der eingegangenen Wahlbriefe,
4. die Zahl der nicht zurückgewiesenen Wahlbriefe,
5. die Zahl der gültigen Stimmzettel bzw. Stimmabgaben,
6. die Zahl der gültigen Stimmen,
7. bei der Verhältniswahl die Zahlen der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden gültigen Stimmen,
8. die Zahlen der auf die einzelnen Bewerber*innen entfallenden gültigen Stimmen.

(2) Der Wahlausschuss ermittelt die Verteilung der Sitze und stellt das Wahlergebnis, einschließlich der Stimmberechtigung nach § 17 Abs. 2 Grundordnung, folgendermaßen fest:

1. Verhältniswahl:

a) Die Sitze werden den Listen nach dem Verfahren von Sainte-Laguë/Schepers, dem

Divisorverfahren mit Standardrundung (iteratives Verfahren), zugeteilt. Jede Liste erhält so viele Sitze, wie sich nach Teilung der Summe ihrer erhaltenen Stimmen durch einen Zuteilungsdivisor ergeben. Zahlenbruchteile unter 0,5 werden auf die darunterliegende ganze Zahl abgerundet, solche über 0,5 werden auf die darüber liegende ganze Zahl aufgerundet. Zahlenbruchteile, die gleich 0,5 sind, werden so aufgerundet oder abgerundet, dass die Zahl der zu vergebenden Sitze eingehalten wird; ergeben sich dabei mehrere mögliche Sitzzuteilungen, so entscheidet das Los. Der Zuteilungsdivisor ist so zu bestimmen, dass insgesamt so viele Sitze auf die Listen entfallen, wie Sitze zu vergeben sind. Dazu wird zunächst die Gesamtzahl der Stimmen aller zu berücksichtigenden Listen durch die Gesamtanzahl der zu verteilenden Sitze geteilt. Entfallen danach mehr Sitze auf die Listen, als Sitze zu vergeben sind, ist der Zuteilungsdivisor so heraufzusetzen, dass sich bei der Berechnung die zu vergebende Sitzzahl ergibt; entfallen zu wenig Sitze auf die Listen, ist der Zuteilungsdivisor entsprechend herunterzusetzen.

b) Die bei der Wahl auf die einzelnen Wahlvorschläge nach Buchstabe a entfallenden Sitze werden den in den Wahlvorschlägen aufgeführten Bewerber*innen in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmenzahl zugeteilt. Die Bewerber*innen, auf die kein Sitz entfällt, sind, soweit sie mindestens eine Stimme erhalten haben, in der Reihenfolge der von ihnen erreichten Stimmenzahlen als Stellvertreter*innen der aus ihrem Wahlvorschlag Gewählten festzustellen. Haben in den Fällen der Sätze 1 und 2 mehrere Bewerber*innen die gleiche Stimmenzahl erhalten, so entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag.

c) Enthält ein Wahlvorschlag weniger Bewerber*innen, als ihm Sitze zustehen würden, so bleiben die überzähligen Sitze unbesetzt.

2. Mehrheitswahl:

Die Bewerber*innen mit den höchsten Stimmenzahlen erhalten in der Reihenfolge dieser Zahlen einen Sitz. Die Bewerber*innen, die keinen Sitz erhalten haben, sind in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmenzahlen als Stellvertreter*innen festzustellen, soweit sie mindestens eine Stimme erhalten haben. Bei Stimmengleichheit nach Satz 1 und 2 entscheidet das Los. Werden bei der Mehrheitswahl weniger Mitglieder gewählt, als Sitze zu besetzen sind, so bleiben die überzähligen Sitze unbesetzt.

(3) Ist ein Los zu ziehen, ist dies Aufgabe des*der Vorsitzenden des Wahlausschusses oder eines von ihm*ihr beauftragten Mitglieds des Wahlausschusses. Die Losziehung kann mit Zustimmung des des*der Vorsitzenden des Wahlausschusses oder eines von ihm*ihr beauftragten Mitglieds des Wahlausschusses auch elektronisch erfolgen.

§ 38

Niederschrift über Verlauf und Ergebnisse der Wahlen

(1) Über den gesamten Verlauf der Wahlen hat der Wahlausschuss eine Niederschrift anzufertigen, aus der alle für die Wahlen und für die Ermittlung der Wahlergebnisse wesentlichen Umstände sowie alle gefassten Beschlüsse hervorgehen müssen.

(2) Die Niederschrift hat in jedem Fall zu enthalten:

1. bei Urnenwahl die Namen und Funktionen der Mitglieder des Wahlausschusses; Angaben über ihre Anwesenheit in den Wahlräumen nach Tag und Uhrzeit,
2. die Namen und Funktionen der Wahlhelfer*innen,
3. Beginn und Ende der Abstimmung,
4. getrennt für jede Wahl und Wähler*innengruppe die gem. § 37 festgestellten Zahlen,

5. die Unterschriften des*der Vorsitzenden und von mindestens zwei Mitgliedern des Wahlausschusses und des*der Wahlleiters*Wahlleiterin.

(3) Mit der Unterzeichnung der Wahl Niederschrift ist das Wahlergebnis festgestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt kann der*die Wahlleiter*in ein vorläufiges und als solches zu kennzeichnendes Wahlergebnis hochschulöffentlich bekannt machen.

§ 39 Bekanntmachung des Wahlergebnisses, Beginn der Amtszeit

(1) Der*die Wahlleiter*in gibt die Namen der gewählten Bewerber*innen sowie der Stellvertreter*innen hochschulöffentlich bekannt. Die Bekanntmachung des Wahlergebnisses hat, getrennt für jede Wahl und Wähler*innengruppe, zu enthalten:

1. die Zahl der Wahlberechtigten,
2. die Zahl der Wähler*innen,
3. den Prozentsatz der Wahlbeteiligung,
4. die Zahl der ungültigen Stimmen,
5. bei Verhältniswahl: die auf die einzelnen Wahlvorschläge einer Wähler*innengruppe und ihre Bewerber*innen entfallenden gültigen Stimmen unter Angabe der Verteilung der Sitze und der Reihenfolge der Gewählten,
6. bei Mehrheitswahl: die auf die einzelnen Bewerber*innen entfallenden gültigen Stimmen unter Angabe der Reihenfolge der Gewählten,
7. bei der Wahl zum Senat: die Stimmberechtigung nach § 17 Abs. 2 Grundordnung.

(2) Die Wahl gilt als angenommen, wenn dem*der Wahlleiter*in nicht innerhalb von zehn Tagen nach der Bekanntmachung nach Absatz 1 eine schriftliche Ablehnung der Wahl aus wichtigem Grund vorliegt.

(3) Nimmt der*die Gewählte die Wahl nicht an, gilt § 7 Abs. 11 Satz 2 der Grundordnung entsprechend.

(4) Die Amtszeit der Gewählten beginnt am 01.04. des jeweiligen Wahljahres, sofern die Wahl zu diesem Zeitpunkt angenommen wurde. Liegt der Zeitpunkt des Ablaufs der in Absatz 2 genannten Frist nach dem 01.04., beginnt die Amtszeit mit Annahme der Wahl.

§ 40 Wahlprüfung und Nachwahl

(1) Jede*r Wahlberechtigte kann die Gültigkeit einer Wahl, zu der er*sie wahlberechtigt war, innerhalb einer Woche nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch Einspruch anfechten. Für den Lauf der Frist ist die Veröffentlichung auf der entsprechenden Webseite der Universität maßgeblich. Der Einspruch ist schriftlich beim*bei der Rektor*in einzulegen und zu begründen; er soll nach Möglichkeit Beweismittel enthalten. Über den Einspruch entscheidet der Wahlprüfungsausschuss.

(2) Der Wahlprüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn außer dem*der Vorsitzenden mindestens zwei Mitglieder anwesend sind. Der Wahlprüfungsausschuss hat seine Entscheidungen schriftlich zu begründen und dem*der Anfechtenden zuzustellen sowie dem*der Rektor*in zu übermitteln.

(3) Die Wahlen sind ganz oder teilweise für ungültig zu erklären und in dem in der Entscheidung bestimmten Umfang zu wiederholen, wenn wesentliche Bestimmungen über die Sitzverteilung, das Wahlrecht, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren verletzt worden sind, es sei denn, dass durch den Verstoß das Wahlergebnis nicht geändert oder beeinflusst werden konnte. Der Wahlprüfungsausschuss entscheidet insbesondere wie folgt:

1. War ein gewähltes Mitglied oder ein Ersatzmitglied nicht wählbar, so ist sein Ausscheiden anzuordnen.
2. Sind bei der Vorbereitung der Wahl oder der Wahlhandlung Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die das Wahlergebnis im Einzelfall beeinflussen haben können, so ist die Wahl im entsprechenden Umfang für ungültig zu erklären und zu wiederholen. In diesem Fall setzt er den neuen Wahltermin fest. § 6 Satz 2 gilt entsprechend.
3. Ist die Feststellung des Wahlergebnisses fehlerhaft, so ist eine neue Feststellung anzuordnen.

(4) Ist eine Wahl ganz oder teilweise nicht durchgeführt worden, insbesondere weil das Wahlverfahren aufgrund eines Verstoßes gegen die Vorschriften dieser Wahlordnung abgebrochen worden ist, findet eine Nachwahl statt.

(5) Eine Wiederholungswahl nach Abs. 3 und eine Nachwahl nach Abs. 4 ist unverzüglich einzuleiten. Wird die Wahl auf der Grundlage bereits früher eingereicherter Wahlvorschläge durchgeführt, verkürzt sich die Frist des § 8 Abs. 1 auf 14 Tage. Zugleich wird die Bekanntmachung nach § 15 Abs. 2 wiederholt. Die Wahlbekanntmachung enthält die in § 8 Abs. 2 genannten Angaben, soweit diese für die Nachwahl von Bedeutung sind.

(6) Die Amtszeit der Personen, die in einer Wiederholungs- bzw. Nachwahl gewählt werden, endet zu dem Zeitpunkt, zu dem sie bei regulärer Wahl geendet hätte. Bis zum Beginn der Amtszeit der Personen, die in der Wiederholungs- bzw. Nachwahl gewählt wurden, verlängert sich die Amtszeit der Personen, die das entsprechende Amt in der vorherigen Wahlperiode inne gehabt haben.

(7) Im Übrigen finden auf Wiederholungs- und Nachwahlen die Vorschriften dieser Wahlordnung Anwendung.

(8) Wird eine Wahl für ungültig erklärt, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der Handlungen, die von dem gewählten Gremium, der gewählten Person oder den gewählten Personen bis zum Zeitpunkt der Ungültigkeitserklärung vorgenommen worden sind.

§ 41

Aufbewahrung der Wahlunterlagen

Die gesamten Wahlunterlagen sind bis zum Ablauf der Wahlanfechtungsfrist aufzubewahren. Im Falle einer Anfechtung bis zur rechtskräftigen Entscheidung.

§ 42

Fristen

Auf die Berechnung der in dieser Wahlordnung genannten Fristen finden die §§ 186 bis 193 BGB entsprechende Anwendung.

§ 43
Inkrafttreten

(1) Diese Wahlordnung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Wahlordnung der Universität Greifswald vom 02. November 2021 außer Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Universität Greifswald vom 16.07.2025 und der Genehmigung der Rektorin vom 30.07.2025

Greifswald, den 30.07.2025

Die Rektorin
Universität Greifswald
Universitätsprofessorin Dr. Katharina Riedel

Veröffentlichungsvermerk: Hochschulöffentlich bekannt gemacht am 04.08.2025